

A close-up portrait of Viktor Orbán, the Prime Minister of Hungary, wearing a dark blue suit, a white shirt, and a red tie. He has a serious expression and is looking slightly to the left. The background is a dark, neutral color.

György Dalos
DAS
SYSTEM ORBÁN

Die autoritäre
Verwandlung
Ungarns

C·H·Beck

György Dalos

Das System Orbán

Die autoritäre
Verwandlung Ungarns

Deutsche Bearbeitung
von Elsbeth Zylla

C.H.Beck

C·H·Beck

PAPERBACK

Zum Buch

Wenn man in einem freiheitlichen Land politische Verhältnisse mit dem Wort «System» beschreibt, denkt man an Despotie und Tyrannei. Für die Machthaber in Ungarn ist der Begriff «System» seit dem Triumph der Fidesz-Partei unter ihrem Führer Viktor Orbán eine honorige Bezeichnung für ihre antidemokratischen Ziele und ihre unterdrückerischen Methoden geworden. Das «System Orbán» könnte ein Zyniker vielleicht als «diskursfreie Demokratie» bezeichnen. Es stützt sich – abgesehen von den Fidesz-Parteigängern – auf die Enttäuschten, die Zurückgesetzten und Zukurzgekommenen und bietet ihnen das zur Staatsraison erhobene Prinzip der NATIONALEN ZUSAMMENARBEIT. Dessen Kern besteht aus christlich grundiertem, nationalkonservativem und letztlich autoritärem Denken. Die Entwicklung, die Europa in Ungarn mit wachsendem Entsetzen beobachtet, ist ein rechtsnational gesteuerter Kollaps aller Werte einer liberalen Demokratie. Wie sich dieser Kollaps vollzieht, wird von György Dalos anhand zahlreicher Beispiele anschaulich beschrieben und präzise analysiert.

Über den Autor

György Dalos ist freier Autor, Historiker und Osteuropaspezialist. 2010 erhielt er den Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung. 2015 wurde ihm das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen. Im Verlag C.H.Beck sind von demselben Autor zuletzt erschienen: Ungarn in der Nußschale. Ein Jahrtausend und dreißig Jahre (³2020); Für, gegen und ohne Kommunismus. Erinnerungen (2019); Der letzte Zar. Der Untergang des Hauses Romanow (²2017); Geschichte der Russlanddeutschen. Von Katharina der Großen bis zur Gegenwart (²2015).

Inhalt

1: Einleitung

2: Das Zweidrittelparlament

29. Juni 2020

25. März 2021

3: Der Nationale Tabakladen

4: Kádár-Nostalgie

5: Recycling der Geschichte

6: Das Zeitungssterben

7: Links und rechts auf Ungarisch

Die Parteienlandschaft

8: Die Bewunderer

9: Die liberale Systemkritik

10: Jüdisches Leben

11: Der Untergang der «Meerjungfrau»

12: Der Türkische Rat

Viktor Orbáns «Ostpolitik»

13: Land im Lockdown

14: Sex, Lügen und Videos

Ein Sittenbild



15: Zwei Abrechnungen und eine Einladung

Varianten einer Hochschulpolitik



16: Schlachtengemälde aus dem Kulturkampf

17: Herrenallüren

18: Die große Kürzung der Haushaltsnebenkosten

Ein sozialpolitischer Coup



19: Fünf Tafeln am Dorfrand

20: Viktor Orbán – eine Vorgeschichte

Anmerkungen

Register

Der Autor dankt der Literaturabteilung des Bundesministeriums für Kunst,
Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (Wien) für die Förderung dieses
Projekts.

Für Reinhard «Henne» Weißhuhn in Berlin

1

Einleitung

Das Wort «System» (rendszer) und sein dem Französischen entliehenes Synonym «Regime» (rezsim) haben im Ungarischen einen unangenehmen Beiklang. In keiner längeren Herrschaftsausübung der neueren Geschichte wurde das staatliche Gebilde als «System» bezeichnet. Die 24-jährige Regentschaft des Reichsverwesers Miklós Horthy (1920–1944) verstand sich als «Königreich», sowohl in der Tradition der «nationalen Könige» des Mittelalters als auch des 1867 legitimierten ungarischen Teils des Habsburgerreichs. Rein formal galt damit der Staat als konstitutionelle Monarchie, allerdings ohne gekröntes Haupt und kodifiziertes Grundgesetz. Von den Kommunisten wurde Horthys Konstrukt im Rückblick pejorativ «System» oder «Regime» genannt und als «faschistisch» charakterisiert. Das knappe Vierteljahrhundert seiner Herrschaft ordnete man als «Zeitalter» (korszak) oder «Ära» (éra) ein. Eine feinere Betrachtung, die den verschiedenen Phasen des Zeitraums Rechnung trug, setzte sich erst in den 1970er und 1980er Jahren durch.

Nachdem die Kommunisten mit Unterstützung Moskaus, Wahlfälschung und Terror das Machtmonopol erlangt hatten, ließen sie sich eine ostmitteleuropäische Version des sowjetischen Modells einfallen. Dazu gehörte der tautologische Terminus

«Volksdemokratie» (wörtlich «Volksmacht des Volkes») mitsamt einer neuen Konstitution. Anders als ihre Vorgänger aus der Zeit der kurzlebigen Räterepublik von 1919, in deren Verfassung die Staatsform offen als «proletarische Diktatur» bezeichnet worden war, verzichtete das kommunistische Grundgesetz von 1949 auf dieses hässliche Wort und definierte die neue Macht als «Staat der Arbeiter und der werktätigen Bauern». 1972 versuchte man die darin enthaltene eklatante Verletzung des Prinzips der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit ein wenig zu modifizieren. Nunmehr verkörperte die Volksrepublik einen «sozialistischen Staat», in dem die «führende Klasse der Gesellschaft, die Arbeiterklasse, die Macht im Bündnis mit dem in Kooperativen vereinten Bauerntum und gemeinsam mit der Intelligenz und anderen werktätigen Schichten der Gesellschaft ausübt». Jedoch wurde hinzugefügt: «Die führende Kraft der Gesellschaft ist die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse.» Theoretiker und Propagandisten gebrauchten indes den Begriff «System», entweder mit der Beifügung «sozialistisches» oder direkt im Gegensatz zum «kapitalistischen» System. Zu einer friedlichen Koexistenz der beiden «Weltsysteme» gehörte auch eine akzeptable Wortwahl.

Dennoch mied man das Substantiv «System», vor allem in der juristischen Sprache. Jede für die Partei bedrohlich erscheinende Aktivität, angefangen vom simplen Witzeerzählen («Hetze») über das Schreiben von Gedichten, die Verweigerung des Wehrdienstes bis hin zum militärischen Komplott, wurde im Strafgesetzbuch als potentieller Tatbestand des Verbrechens gegen die sozialistische «Staatsordnung» und deren «Grundeinrichtungen», darunter die Partei selbst, klassifiziert. Das suspekte Wort «System» blieb in den Anklageschriften ungenannt. Es roch nach Verachtung und wurde dem Volk als Abkürzungsformel für langweilige, ideologisch

besetzte Auslegungen überlassen, von der die «vox populi» auch reichlich Gebrauch machte. Prügeleien in Kneipen begannen häufig mit der provokanten Frage: «Was willst DU denn? Gefällt dir etwa das System nicht?» Und einer der bekannten Witze lautete: «Mit welchem System ist der Sozialismus am schlechtesten vereinbar? – Mit dem Nervensystem.»

Nach dem Triumph der Partei Fidesz im Frühjahr 2010, den die Sieger zur «Revolution der Wahlkabinen» deklarierten, verkündete das Parlament mit den Stimmen der Regierungsparteien, trotz des Protestes der Opposition, ein feierliches Manifest. «Die Nationalversammlung erklärt», heißt es darin, «dass im Ergebnis der Aprilwahlen ein neuer Gesellschaftsvertrag entstanden ist, mit dem sich die Ungarn für die Gründung eines neuen Systems, des Systems der Nationalen Zusammenarbeit, entscheiden. Die ungarische Nation verpflichtet mit dieser historischen Tat die zu begründende Nationalversammlung und die in Entstehung befindliche neue Regierung dazu, entschlossen, kompromisslos und unerschütterlich die Arbeit zu lenken, mit der Ungarn das System der Nationalen Zusammenarbeit aufbauen wird.» Ein Regierungserlass schrieb vor, den Text des Manifests in allen öffentlichen Gebäuden auszuhängen, eine Aufforderung, der nicht alle Institutionen nachkamen. Ohne mich auf eine eingehende Analyse des Schriftstücks und dessen Vorgeschichte einlassen zu wollen, möchte ich darauf hinweisen, dass der Begriff «System» von da an zu einem positiv konnotierten Bestandteil des Selbstverständnisses der Fidesz-Regierung und der Ära Orbán wurde.

Alle historischen Veränderungen Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre hingen mit dem Kollaps der Sowjetunion zusammen, wurden jedoch in den einzelnen Ländern des ehemaligen «sozialistischen Lagers», später der «sozialistischen Gemeinschaft»,

unterschiedlich reflektiert. So wird der polnische Staat seit dem Amtsantritt der ersten frei gewählten nichtkommunistischen Regierung als «Dritte Republik» bezeichnet, in Anlehnung an die Erste Republik, die adelige «Rzeczpospolita» des späten 18. Jahrhunderts, sowie an die autoritär-parlamentarische Zweite Republik der Zwischenkriegszeit. Den beim Runden Tisch ablaufenden Verhandlungsprozess selbst beschrieb der Dissident Adam Michnik als «Änderung des politischen Systems». Während im Zusammenhang mit dem Niedergang der SED-Herrschaft im Westen vorwiegend das Wort «Wende» gebraucht wurde, bevorzugten die Protagonisten in der einstigen DDR den Begriff «friedliche Revolution». Die Novemberereignisse 1989 in der ČSSR erlangten weltweit Bekanntheit als «samtene Revolution». In Rumänien trugen der Volksaufstand und der parallel verlaufende Staatsstreich, die zum Sturz der Diktatur von Nicolae Ceaușescu führten, den stolzen Namen «Revolution» ohne beschönigende Attribute – «friedlich» oder «samten» konnte man den blutigen Umsturz wohl auch kaum nennen.

Obwohl in Ungarn das Wort «Revolution» durch das heroische Pathos von 1848 und 1956 eindeutig positiv konnotiert war, etablierte sich in der Publizistik und im öffentlichen Diskurs der Ausdruck «Systemwechsel» (rendszer váltás) als Sammelbegriff für den Machtverlust der kommunistischen Partei, die Herausbildung parlamentarischer Strukturen, die Abschaffung der Zensur und die Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit. Erst in der Diskussion der 1990er Jahre kam das Wort «Systemänderung» (rendszer változás) auf als Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem angeblich zu langsamem Tempo der Reformen oder der vermeintlich schonungsvollen Behandlung der realsozialistischen Elite. Auf solche Einwände hin, die von rechtsnationalistischen Kritikern kamen, soll

der Premier József Antall den zum geflügelten Wort gewordenen Satz geäußert haben: «Wäre den Herrschaften eine Revolution eher genehm gewesen?» Damals machte auch das Substantiv «Postkommunismus» Karriere, das einen Schwebezustand zwischen Vergangenheit und Gegenwart suggerierte, während die Adjektivform «postkommunistisch» negativ besetzt war und in scharfen Polemiken fast als Beschimpfung galt.

Indessen erlebte Ungarn das revolutionärste, weil alle bisherigen Verhältnisse umstülpende Moment seiner Transformation: die Umwandlung der Eigentumsverhältnisse in Gestalt der Privatisierung, analog zur ursprünglichen Akkumulation des Kapitals. Die Demokratie selbst folgte einem normal erscheinenden Rhythmus. Jede Wahlperiode zwischen 1990 und 2006 endete mit einer Rotation unter Beibehaltung der Kontinuität. Allerdings führten die steigenden Spannungen zu einer Aufspaltung der politisierenden Gesellschaft ins «linke» und «rechte» Lager. Die Hauptkraft der «Linken» war die Sozialistische Partei (MSZP), der «Rechten» die Partei Fidesz («Bürgerbund»), beide in der Wählergunst etwa gleich stark. Kleinere, sowohl liberale, konservative als auch rechtsradikale Parteien standen unter Koalitionszwang oder gerieten an die Peripherie. Bei der zunehmenden Polarisierung verfügten die Verlierer, das heißt die Sozialliberalen, über eine relativ breite Basis vor allem in der Hauptstadt sowie eine stärkere Medienpräsenz, während der Fidesz in der ungarischen Provinz seine Anhängerschaft vergrößern konnte. Noch mehr aber fiel eine Eigenart von Viktor Orbáns politischer Formation ins Gewicht: Sein Fidesz war die einzige Partei im Angebot ohne sichtbare innere Diskussionen, Fraktionsbildungen und personelle Wechsel. Gegner wurden von ihm als Feinde

betrachtet und Partner als Mitläufer, deren Los nur das Abdriften in die Bedeutungslosigkeit sein konnte.

Machttechnisch operierte die Fidesz-Mannschaft mit der Spaltung sehr geschickt. Die nach dem Links-rechts-Schema erfolgende Teilung der Gesellschaft interpretierte sie als Verwandlung des Pluralismus in einen Dualismus oder, wie es Viktor Orbán nannte, als «duales Kraftfeld». Im Herbst 2006, nach der skandalösen «Lügenrede» des sozialliberalen Regierungschefs Ferenc Gyurcsány, in der dieser gestand, die Wahlen durch falsche Erfolgsberichte gewonnen zu haben, stiegen die Siegeschancen der rechten Opposition explosionsartig. Am Vorabend des Wahlkampfes 2010 beteiligte sich Orbán an dem traditionellen Picknick seiner Partei im südungarischen Dorf Kötöcsé. Dort präsentierte er vor etwa 500 Anwesenden, führenden Politikern, Geschäftsleuten und intellektuellen Sympathisanten, seine Sichtweise zur bevorstehenden Regierungsrolle des Fidesz. «Wenn wir also über eine Regierungszielsetzung und -verantwortung nachdenken, dann klingt die Frage folgendermaßen: Wollen wir politische Verhaltensweisen fortsetzen, die eine Wiederherstellung des dualen Systems in sich tragen? (...) Meiner Meinung nach lohnt es sich für die Rechten, die Frage zu stellen, in welchem politischen Kraftfeld sie die Interessen des Landes für die nächsten fünfzehn bis zwanzig Jahre als gesichert ansieht. Ich schlage vor, statt einer auf ständigen Kampf ausgerichteten Politik eine zum ständigen Regieren ausgerichtete Politik zu wählen. (...) Wir versuchen ein Regierungssystem aufzubauen, das politische Fragen langfristig in ein großes zentrales Kraftfeld einordnet. (...) Eine große Regierungspartei (...), die imstande sein wird, die nationalen Angelegenheiten zu formulieren und diese nicht in ständigen Diskussionen, sondern durch die eigene natürliche Art zu vertreten.» Mit einem Seitenhieb verwies er auf die

Rolle der liberalen Kulturelite während der «chaotischen zwei Jahrzehnte» zwischen 1990 und 2010: «Es geht nicht einfach darum, dass die Linke als Regierung heruntergekommen ist, sondern dass dieser Niedergang auch die Kultur schaffende Gemeinschaft mit ihrer sozialliberalen Werteordnung diskreditiert hat. Mag sein, dass dies allzu streng klingt. Mag sein, dass diejenigen, die sich davon betroffen fühlen, diese Behauptung für ungerecht halten, da sie der Meinung sind, trotz alledem gute Romane geschrieben zu haben. (...) Es ist möglich, sogar wahrscheinlich, dass sie als Schriftsteller nicht abgewirtschaftet haben, aber als maßgebende Elite haben sie sehr wohl abgewirtschaftet.» Dieser Gedankengang deutete ohne Frage auf den Wunsch hin, parallel zur Einführung der diskursfreien «eigenen natürlichen Art» der Machtausübung einen kulturellen Elitenwechsel zu vollziehen.

Wichtiger als die rhetorische Tirade gegen die bereits zum Wahlfiasco verurteilte amtierende Regierung erscheinen die zweifache Erwähnung des Wortes «System» und der Hinweis auf die «nächsten fünfzehn bis zwanzig Jahre», eine Zeitspanne, in der seit 1990 keine einzige politische Partei aus dem ehemaligen Ostblock – außerhalb der ehemaligen Sowjetunion – hatte durchregieren können. Manche der Gäste bei diesem Picknick haben vielleicht während der Rede des Parteichefs ihr zweifelndes Kopfschütteln unterdrückt. Eine Zweidrittelmehrheit – das ja, aber zwei Dekaden als Perspektive schienen unwahrscheinlich. Heute befinden wir uns bereits im zwölften Jahr der Ära Orbán, eines Systems, das mitnichten Krisenzeichen erkennen lässt und auch nicht auf nennenswerten Widerstand stößt.

Rein geographisch hat der Systemwechsel an Ungarns Status nichts verändert. Die Fläche des Landes blieb bei 93.000 km², die Bevölkerungszahl mit 9,7 Millionen (2020) tendenziell seit 1989

(10,48 Millionen) absteigend, die ethnische Zusammensetzung die gleiche: 92 Prozent magyarisch mit zwei größeren Minderheiten (Roma 5 Prozent, Deutsche 2,5 Prozent). Allerdings grenzt die ehemalige Volksrepublik an fünf neue Länder, die ihre Staatlichkeit der Auflösung von größeren multiethnischen Einheiten zu verdanken haben. Im Norden verläuft die Grenze statt zur ehemaligen ČSSR entlang der Republik Slowakei sowie an der von der UdSSR abgelösten unabhängigen Ukraine. Im Süden formierten sich anstelle des zerfallenen Jugoslawiens drei Staaten: Serbien, Kroatien und Slowenien. Die meisten der politischen Neubildungen, ebenso wie die alten Nachbarn Rumänien und Österreich, teilen mit Ungarn die EU-Mitgliedschaft. Serbien steht auf der Warteliste, die Ukraine ist lediglich möglicher Beitrittskandidat. Zwei der Nachfolgestaaten des Ostblocks, die Slowakei und Slowenien, haben den Euro als Zahlungsmittel eingeführt, Serbien und Kroatien hingegen schufen eine eigene nationale Währung.

Alle aufgelisteten Länder bildeten zu Beginn der 1990er Jahre parlamentarische Demokratien, in denen die Rivalitäten der verschiedenen Machtgruppen offen und nicht selten mit Gewalt ausgetragen wurden. Jede Rotation, jeder innere Zwiespalt in diesen Republiken tangiert Ungarns Interessen allein aufgrund der dort lebenden magyarischen Minderheiten: In Rumänien sind es 1,5 Millionen, in der Slowakei 500.000, in der Ukraine 150.000, in Serbien 300.000, in Kroatien 16.000 und in Slowenien 15.000. Diese Minoritäten gehören zur Hypothek der beiden Nachkriegsordnungen (Frieden von Trianon 1920 und Pariser Frieden 1947) mit ihren großen Gebietsverlusten für Ungarn. Aktuelle Probleme der Auslandsungarn, egal ob es um Sprachregelungen oder um Bildungsinstitutionen geht, bieten automatisch auch innenpolitischen Stoff. So werden uralte Animositäten immer wieder

neu belebt und entsprechend leicht instrumentalisiert. Allerdings können einer solchen Versuchung auch manche Nachbarländer nicht immer widerstehen.

Gleichzeitig hat die Wiedergewinnung der nationalen Unabhängigkeit den kleinen ostmitteleuropäischen Staaten erlaubt, auch das Augenmaß zu verändern: Die Welt wurde größer. War es ihnen, Jugoslawien ausgenommen, neben ihrer politisch und ökonomisch erzwungenen Bündnistreue zur UdSSR nur bedingt möglich, mit westlichen Partnern mittels Kreditgeschäften zu kokettieren, verfügten sie nach 1990 über gänzlich andere Perspektiven. Innerhalb der freien Welt konnten sie sich auf die USA, die EU oder auf einzelne europäische Staaten orientieren. Entscheidend waren dabei wirtschaftliche Prioritäten, vor allem die Investitionsstärke Deutschlands, aber auch die Nutzung von finanziellen Quellen der Europäischen Union. Selbst regionale Bündnisse wie die Visegrád-Gruppe (V4) konnten Teilinteressen ihrer Mitgliedstaaten einen gewissen Nachdruck verleihen. Der Integrationsprozess – die Ost- und Süderweiterung – verlief unausgewogen, wobei Risse am Gebäude bis zur Weltfinanzkrise 2007 kaum sichtbar wurden. An inneren Krisen im postkommunistischen Bereich mangelte es nicht, auch frischgebackene EU-Mitgliedstaaten waren davon betroffen. Korruption und Autoritarismus gehörten fast zu den natürlichen Begleiterscheinungen der Transformation. Dennoch stellte keine der einander abwechselnden liberalen oder konservativen Regierungen die europäischen Grundwerte in Frage, und nationalistischer Populismus entfaltete sich eher am Rand des politischen Spektrums. Der Integrationserfolg der Europäischen Union wurde 2012 mit dem Friedensnobelpreis geehrt – leider, wie wir heute wissen, zu früh.

Spätestens seit der globalen Finanzkrise 2008/09 wurde deutlich, auf welchem dünnem Eis die europäische Solidarität sich befand. Die Verschuldung des Kontinents betraf am stärksten den südlichen Raum – Portugal, Spanien, Italien und, besonders dramatisch bis hin zur Staatspleite, Griechenland. Hier zeigten sich auch am schnellsten die soziale Erosion, etwa die hohe Jugendarbeitslosigkeit, und die politischen Folgen in Gestalt des linken und rechten «Populismus» – Strömungen, in denen sich berechnete Kapitalismuskritik mit einer Überdosis Demagogie vermengte. Die gemeinsame Währung ließ in der Eurozone die tiefen Divergenzen der Einzelstaaten in Bezug auf wirtschaftliche Leistung und Wohlstandsniveau besonders sichtbar werden.

Die Europäische Union nach 2010 agierte, verglichen mit ihrer Anfangsphase vor Maastricht, in einer veränderten politischen Lage. Russlands Aufstieg, seine Expansion in Georgien 2008 und in der Ukraine 2014, die amerikanische Aufkündigung des noch mit Gorbatschow ausgehandelten Atomabrüstungsabkommens 2019 sowie Chinas Handelskrieg mit den USA schufen eine Atmosphäre, die Assoziationen zu den Jahren des Kalten Kriegs hervorrief – insgesamt brachte der Zusammenbruch des Kommunismus nicht den erhofften Weltfrieden mit sich. Außerdem hatte Wladimir Putin einiges für die ehemaligen Sowjetrepubliken und Ostblockstaaten im Angebot. Neben Kernenergie-Kooperationen wie im Fall des südongarischen AKW Paks und nördlichen und südlichen Pipeline-Projekten bot er auch eine Orientierung, wie es anzustellen war, die EU immer mal wieder am Nasenring vorzuführen.

Eine weitaus größere Herausforderung bedeutete die sogenannte Flüchtlingskrise 2015. Anders als in den ehemaligen Ostblockstaaten, die eine Quotenregelung zur Aufnahme von Geflüchteten ablehnten, war die Migration für westliche EU-Länder

eine real zu bewältigende Aufgabe – gewissermaßen die Rückkehr der zuvor ungenügend reflektierten Armutproblematik vieler Länder des Südens. Das Erscheinen der Geflüchteten vor allem in westeuropäischen Metropolen löste einen Kulturschock aus, der unabhängig von den tatsächlichen Risiken Mehrheiten gegen die Einwanderung mobilisierte. Die Tatsache, dass parallel zum Migrationsprozess auch islamistischer Terror in Europa virulent wurde, lenkte die Aufmerksamkeit auf die Herkunft der Migranten inklusive ihrer Religion und Hautfarbe – IS-Anhänger und IS-Opfer fielen dabei in der öffentlichen Wahrnehmung häufig in dieselbe Kategorie. Hierdurch generierte Kollektivängste veränderten die politischen Kräfteverhältnisse zu Ungunsten der etablierten Parteien. So erhielten rechtsradikale Kräfte einen deutlichen Vorsprung und führten in einigen Ländern, z.B. in Frankreich und Österreich, zur Halbierung der politischen Lager, die sich durchaus mit den Vorgängen in Polen oder Ungarn vergleichen lässt.

Der härteste Schlag – Großbritanniens Ausstieg aus der EU – hing zum Teil ebenfalls mit Migration zusammen. Allerdings handelte es sich in diesem Fall um Arbeitsmigranten aus Polen, dem Baltikum, Bulgarien, Rumänien, der Slowakei und Ungarn, insgesamt 1,2 Millionen Zuwanderer, die sich im Inselstaat niedergelassen hatten. Sie waren keine politischen Flüchtlinge, sondern gewöhnliche Arbeitnehmer mit ihren Familien, und in manchen Berufen, etwa als Ärzte, waren sie sehr gefragt. Aus schwer erkennbarem Grund gerieten sie und andere, die mit EU-Reisepass in England arbeiteten, in den Mittelpunkt der sozialen Rivalitäten, obwohl die Arbeitslosenquote in Großbritannien eine der niedrigsten in der EU war. Auf der politischen Bühne zeigte sich die Stimmung am Wahlsieg der Tory-Partei 2015, die wiederum unter dem Druck der rechtspopulistischen Independence Party bereits

2013 ein Referendum in Aussicht gestellt hatte. Das Versprechen wurde im Juli 2016 eingelöst und den Wählern die Frage gestellt: «Soll das Vereinigte Königreich Mitglied der Europäischen Union bleiben oder die Europäische Union verlassen?» Bei einer Beteiligung von 72 Prozent votierte knapp mehr als die Hälfte für die zweite Variante. Darauf folgte der qualvolle Prozess der Abnabelung vom Kontinent, im politischen Jargon «Brexit» genannt. Großbritanniens Chancen und Risiken werden unterschiedlich eingeschätzt, für die EU war die Sezession eine deutliche Niederlage.

In diesem Umfeld entfaltete sich über drei Wahlperioden (ab 2010, 2014 und 2018) in Ungarn das «System der nationalen Zusammenarbeit».

Das Zweidrittelparlament

Der seit 2010 dritte Wahlsieg von Fidesz und seinem kleinen Sputnik «Christlich-demokratische Volkspartei» (KDNP) bescherte dem Bündnis im Frühjahr 2018 stolze 66 Prozent der Mandate, das heißt 133 Sitze im Plenarsaal des 1904 vollendeten, in Europa drittgrößten Parlamentsgebäudes am Donauufer. Als zweite Kraft zog die rechtspopulistische Jobbik-Partei mit 26, als dritte die postkommunistische MSZP mit zehn, als vierte die liberale Demokratische Koalition (DK) mit neun und als fünfte die ökologisch orientierte «Politik kann anders sein» (LMP) mit acht Abgeordneten ins Parlament ein. Zur Eigenart des ungarischen Wahlsystems gehört das disproportionale Verhältnis der Mandate zur Wählergunst: Viktor Orbáns Partei erhielt bei einer relativ hohen Wahlbeteiligung 49,2 Prozent der Stimmen, während die anderen vier Parteien ungefähr die zweite Hälfte der aktiven Wählerschaft hinter sich wussten, dies allerdings nur mathematisch. Eine Zweidrittelmehrheit, das zum festen Begriff gewordene «Zweidrittel», garantiert seit Beginn der Ära Orbán einen bequemen Sieg der Regierungspartei bei jeder Abstimmung, inklusive der inzwischen zur Routine gewordenen Verfassungsänderungen.

Ohne Zweifel lässt diese Konstellation seit Jahren viele oppositionelle Abgeordnete resignieren: Während 2017 das Hohe

Haus 208 Gesetzes- oder Beschlussanträge der Regierung und ihrer Parteien annahm, konnte die Opposition von ihren 132 Anträgen insgesamt lediglich einen einzigen durchbringen – ein Gesetz zur Verlängerung der Verjährungsfrist von Korruptionsdelikten. Angesichts dieses Trends sehen die Oppositionspolitiker wenig Sinn darin, ganztägige ermüdende Debatten vor ihrem Laptop auszusitzen, auf deren Ausgang sie so gut wie keinen Einfluss nehmen können. Offenbar sind aber auch manche Volksvertreter auf der Regierungsseite der ellenlangen Reden überdrüssig. Jedenfalls war die sinkende Beteiligung an den zweiwöchentlichen Plenarsitzungen schon immer ein offenes Geheimnis. Obwohl Fotojournalisten während der Sitzung nicht zugelassen sind, machen einige Abgeordnete mit ihren Smartphones manchmal aus purer Langeweile Fotos vom leeren Sitzungssaal und stellen diese auf ihre Webseiten. So stellte sich heraus, dass am einem Nachmittag Ende November 2017 der Oberste Staatsanwalt seinen Jahresbericht – eine der bedeutendsten Rechenschaftslegungen für die parlamentarische Arbeit – in Anwesenheit von zehn Deputierten vortrug, während die übrigen 189 durch Abwesenheit glänzten.

Diese tragikomische Situation erinnert verblüffend an selige Vorkriegszeiten. So schildert Zsigmond Móricz in seinem Roman «Verwandte» das Gespräch von zwei Provinzbeamten im Jahr 1930 auf ihrer Rückreise von Budapest in die Kleinstadt Zsaránok. Einer der beiden hatte im Gebäude am Donauufer etwas zu erledigen gehabt.

«Du warst im Parlament?»

«Ja, Euer Hochwohlgeboren.»

«Waren auch Abgeordnete da?»

«Ich wage es kaum zu sagen. Ich habe die Anwesenden gezählt, als der Minister sprach. Siebzehn waren es, alles in allem.»

«Ich weiß nicht genau, wie viele Abgeordnete es gibt.»

«244. Der 245ste wird jetzt neu gewählt, nachdem einer gestorben ist.»

«Dann fehlten also 227. Anwesend waren 17, abwesend 227. Und wie viele Oppositionelle waren anwesend?»

«Drei oder vier.»

«Na siehst du. Es gibt ja auch keine Opposition.»

Dabei sind Parlamentarier durch das Reglement unter Androhung von Abzügen bei ihren Diäten dazu verpflichtet, auf Sitzungen zu erscheinen, zumindest zu Abstimmungen, bei denen zur Gewährleistung der Beschlussfähigkeit mehr als die Hälfte der Abgeordneten anwesend sein muss. Nichts aber wird so heiß gegessen, wie es gekocht wird: Die Fraktionschefs können ihre Kollegen freistellen, wenn diese im Rahmen des Mandats Aufgaben außerhalb des Hauses nachgehen, etwa Verpflichtungen im Wahlkreis oder Tätigkeiten, die «Gemeinschaftsinteressen» dienen. Wichtig sind einzig und allein die Kampf Abstimmungen. Die Analysten der in Budapest tätigen Organisation «PolicySolutions», die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Aktivität der Abgeordneten zu beobachten, fassen dies so zusammen: «Kann sein, dass während der Debatten der Sitzungssaal des Parlaments leer ist – wenn es um Stimmen geht, dann drücken die Fraktionen von Fidesz und der KDNP mit der Disziplin einer halb militärischen Organisation auf den Alarmknopf (...). Sie lassen kaum eine Abstimmung aus.» Dennoch braucht man die Opposition, die mit ihren Gegenstimmen die gesicherte Mehrheit der Regierungsseite quasi demokratisch legitimiert. Im typischen Fall zeigt die elektronische Anzeigetafel